

Sherpa der Kanzlerin

Zum Tode Jan Heckers

Von Johannes Leithäuser

Für den Juristen und Diplomaten Jan Hecker galt die Bezeichnung „Spitzenbeamter“ nicht bloß als Positionsbeschreibung, sondern auch als inhaltliche Feststellung: Er war in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode der außenpolitische Sherpa der Bundeskanzlerin, also einer der wichtigsten im Kreis der Abteilungsleiter des Kanzleramts, die den politischen Willen der Führung in praktisches Handeln verwandeln. Und Heckers Weg dorthin war keine geradlinige Verwaltungslaufbahn, sondern eher eine von Wissensdurst, politischer Neugierde, Fleiß und vielfältigstem teilnehmenden Interesse gespeiste Wanderung. Auf dieser Wanderung machte er an sehr vielfältigen beruflichen Stationen halt, beständig daran war allein, dass es sich um einen soliden Aufstieg handelte.

Hecker stammt aus der Familie eines Marineoffiziers. Er wurde in Kiel geboren und erlebte die Ortswechsel – nach Wilhelmshaven, auch nach Oslo – mit, die Berufssoldaten der Bundeswehr ihren Familien zumuten müssen. Das Studium führte ihn von 1988 an nach Freiburg, Grenoble und Göttingen, es kam ein Postgraduierten-Programm in Cambridge hinzu. Er betrieb es zweigleisig: Neben Jura stand Politische Wissenschaft; in seiner Promotion suchte er beides zu verbinden. Die Dissertation behandelte „Europäische Integration als Verfassungsproblem in Frankreich“ und wies damit schon auf außenpolitische Interessen Heckers hin.

Zunächst wurde er nach dem Referendariat bei zwei großen Anwaltsfirmen tätig, doch schon zwei Jahre später zog ihn die berufliche Neugierde wieder fort. Hecker trat 1999 ins Bundesinnenministerium ein. Es war die Zeit der rot-grünen Bundesregierung und des Bundesinnenministers Otto Schily. Hecker, der damals noch der SPD angehörte, bearbeitete unter anderem Asyl- und Migrationsfragen und unternahm Ausflüge in andere Sachverhalte der Innenpolitik. Für zwei Jahre ließ er sich ans Bundesamt für Verfassungsschutz abordnen.

Überdies fand er Zeit für eine Rückkehr in die juristische Wissenschaft. Er nahm Lehraufträge an den Berliner Universitäten und an der Viadrina in Frankfurt/Oder wahr. Dort habilitierte er sich 2005 mit einer Untersuchung zur Wirksamkeit staatlicher Wirtschaftsaufsicht, seit 2010 lehrte er als außerplanmäßiger Professor Öffentliches Recht und Europarecht.

Rund ein Jahr später wechselten abermals Heckers juristische Fachgebiete und seine beruflichen Umstände. Er wurde zum Richter ans Bundesverwaltungsgericht berufen und jenen Senat zugeordnet, der sich um Hochschulrecht, Vereins- und Versammlungsrecht, Waffen-, Polizei- und Ordnungsrecht zu kümmern hat.

Die weiteren – politischeren – Schritte auf dem Pfad seiner Karriere waren weniger nach eigenem Willen steuerbar. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 einen Leiter für den neuen Koordinierungsstab im Kanzleramt suchte, der sich von Fluchtursachenbekämpfung bis zur Flüchtlingsunterbringung um alle Aspekte des Themas kümmern sollte, fiel die Wahl auf ihn. Hecker begleitete die Kanzlerin auch auf Reisen in afrikanische Länder und wechselte 2017 im Kanzleramt auf die Position des Außenpolitischen Beraters. Er hatte dort in schwierigen Zeiten die Verbindungen nach Washington zu halten und war fortwährend mit den Bemühungen befreundet, die deutschen (und europäischen) Beziehungen zur Türkei zu stabilisieren. Mit seinem Erfahrungsschatz im Gepäck trat Hecker vor wenigen Wochen den Posten des deutschen Botschafters in Peking an. Dort ist er am vergangenen Sonntag im Alter von 54 Jahren unvermittelt gestorben.

Dutzende Belarussen sind an diesem Vormittag zum Gericht gekommen, einem Zweckbau im Süden der Hauptstadt Minsk. Sie wollen zwei Angeklagte unterstützen, Marija Kolesnikowa und Maxim Snak, deren Urteil hier verkündet wird. Für die Menge sind die beiden Helden, Antreiber des Erwachens der Belarussen im vergangenen Jahr und Vorboten einer besseren Zukunft. Auch Mitstreiter Kolesnikowas und Snaks sind gekommen, die jederzeit damit rechnen müssen, selbst zu den schon mehr als 650 politischen Gefangenen im Land zu stoßen. Aber auch Unterstützerinnen wie zwei Frauen mittleren Alters mit Blumen in den Händen, Margeriten. Alexandr Kolesnikow hat sie ihnen geschenkt, der Vater der Angeklagten, der deren wachen, freundlichen Blick hat; so hielt er es an jedem Verhandlungstag des vor gut einem Monat begonnenen Prozesses, zum Dank für die Solidarität der Frauen.

Selbst das Warten vor einem Gericht ist in Belarus gefährlich. Zwei der Frauen berichten, wie während des Prozesses ein Mädchen hier Flugblätter verteilt habe mit der Aufschrift „Wir werden einmal zusammen Prosecco trinken“, was Marija Kolesnikowa schätzt. Das Mädchen habe 14 Tage Arrest erhalten. „Aber hierherzukommen ist das Mindeste, was wir tun können“, sagt eine der Frauen. „Wenn wir uns frei versammeln dürften, wäre hier alles voll“, sagt ihre Begleiterin.

Was im Prozess gegen Kolesnikowa und Snak geschah, weiß man kaum. Angeklagt wurden die beiden Mitglieder des Koordinationsrats der Gegner von Machthaber Alexandr Lukaschenko wegen Aufrufen gegen die nationale Sicherheit, einer Verschwörung zur Machtergreifung sowie Gründung und Führung einer extremistischen Organisation. Doch der Prozess war geheim, die Beteiligten müssen schweigen. Ein Anwalt sagte, die Anklageschrift erinnere ihn an ein Drehbuch für Hollywood, in dem es am Ende heiße: „Basierend auf wirklichen Ereignissen“. Das Regime musste das Geschehen des Sommers 2020 in sein Gegenteil verkehren, um es in sein Drehbuch einzupassen.

Kolesnikowa und Snak arbeiteten für Viktor Babariko, den vom Regime verhängten Präsidentschaftskandidaten, der die besten Aussichten gehabt hätte. Lukaschenko in echten Wahlen zu besiegen. Er wurde im Juli in anderer Sache zu 14 Jahren Haft verurteilt. Babariko und seinen Mitstreitern geht es um friedlichen Wandel, Gewalt lehnen sie ab. „Als jemand, der zu Kompromissen und zu Dialog aufruft, bin ich gegen Sanktionen“, sagte Kolesnikowa sogar auf dem Höhepunkt der Proteste nach den gefälschten Wahlen im August 2020 der F.A.Z. Dass der Prozess gegen die 39 Jahre alte Musikerin und Kulturmanagerin und den 40 Jahre alten Anwalt Snak unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, verdeutlicht die Gefahr, die das Regime den beiden beimisst: Sie sollen keine Bühne bekommen. Das Regime hat erfahren, was passiert, wenn insbesondere Kolesnikowa auftritt: Sie begeistert, inspiriert, reizt mit.

Daher gerät auch die angeblich öffentliche Urteilsverkündung zur Farce: Propagandamedienleute des Regimes erhalten Zutritt, dazu russische Staatsagenturen, aber keine unabhängigen Medien und keine westlichen Diplomaten. Letztere werden selbst Ziele der Inszenierung und ständig gefilmt. Besonders hat es ein Lukaschenko-Claqueur auf die Vertreterin der



„Lächelt, egal was passiert“: Maxim Snak und Marija Kolesnikowa am Montag im Gerichtssaal in Minsk

Foto Imago

Helden von nebenan

In Minsk werden Marija Kolesnikowa und Maxim Snak verurteilt. Das Regime fürchtet sie so, dass es den Prozess geheim hält. Selbst die angeblich öffentliche Urteilsverkündung gerät zur Farce.

Von Friedrich Schmidt, Minsk

EU abgesehen, deren Botschafter vor Kurzem Belarus verlassen musste. Warum die EU Terroristen decke, fragt der Staatsfernsehermann, „warum antworten Sie nicht, Sie sind doch für das freie Wort!“ Andere filmen die Menge, in der sich viele abdrehen, um nicht später behelligt zu werden. Die Propagandisten meiden nur die Väter der Angeklagten; vielleicht, weil Bilder älterer Männer, die um ihre Kinder gebracht werden, für des Regimes Zwecke kontraproduktiv wären.

Auch die Anwälte werden in den Saal gelassen und wenige nahe Verwandte. Nadjeschda Snak, Verteidigerin und Frau des Angeklagten, ruft den Wartenden noch zu: „Lächelt, egal was passiert!“ Im Saal stehen, Bilder russischer Agenturen auf Smartphones der Wartenden zeigen es, Kolesnikowa und Snak schon im landesüblichen Angeklagtenkäfig. Sie sehen fröhlich aus; und auch nach allem, was man aus dem Prozess erfuhr, bleiben die beiden zuversichtlich. Zu Beginn des Prozesses tanzte Kolesnikowa gar im schwarzen Kleid im Käfig. Aus Justizkreisen wurde bekannt, dass sie auf dem Weg vom Untersuchungsgefängnis im Zentrum von Minsk ins Gericht Lieder sang und über Bach, Haydn und Schostakowitsch dozierte. So etwas soll die Öffentlichkeit nicht mitbekommen: Der Saal wird mit Statisten aufgefüllt, Vater Kolesnikow sagt später, er habe „nicht ein bekanntes Gesicht gesehen“. Das Regime von Lukaschenko, einem Patriarchen mit Faible für junge, eine staatsei-

gene Schule durchlaufende Modells, hatte die drei Frauen, die ihn im Sommer 2020 herausforderten, enorm unterschätzt. Die Kandidatin Swetlana Tichanowskaja sollte nur ihren Mann vertreten, den Videoblogger Sergej Tichanowskij, der wie Babariko zur Präsidentschaftswahl antreten wollte und Ende Mai 2020 inhaftiert wurde. Was sollte die Frau bewirken können, war das Kalkül. Doch Tichanowskaja verbündete sich mit Kolesnikowa und mit Veronika Zepkalo, die einen weiteren Bewerber vertrat, ihren unter Druck geflohenen Mann. Denn allen dreien ging es um Gerechtigkeit, Freiheit, ehrliche Wahlen. „Frauen, die ande-

ren Frauen nicht helfen, brennen in der Hölle“, scherzte Kolesnikowa in einem ihrer zahlreichen, vor Optimismus strotzenden Interviews vor der Wahl. Das Trio tourte durch Belarus, zog Tausende, dann Zehntausende an, entfachte Begeisterung. Als nach der gefälschten Wahl die Massen durch Minsk zogen und die Gefährtinnen schon nicht mehr im Land waren, motivierte Kolesnikowa die Demonstranten und bremste, wenn die Lage heikel wurde, forderte Einsatzkräfte zum Reden auf, formte vor ihnen mit den Händen ein Herz. Mit dieser Geste wurde sie bekannt, Kolesnikowa zeigt sie auch am Montag in Handschellen im Käfig.

Lukaschenko musste nach den ins Ausland gezwungenen Zepkalo und Tichanowskaja auch diese Frau loswerden. Aber Kolesnikowa, die anders als ihre Mitstreiterinnen keine Kinder hat, wollte bleiben. Alexandr Kolesnikow hat oft das Mantra seiner Tochter wiederholt: „Papa, was auch passiert, ich werde in Belarus sein.“ In ihrer Heimatstadt hat Kolesnikowa Musik studiert, speziell Flöte und Dirigieren. Später besuchte sie die Stuttgarter Musikhochschule, arbeitete lange zwischen Deutschland und Belarus. Babariko gewann sie 2019 für ein von seiner damaligen Bank geleitetes Minsker „Kulturhub“. Kolesnikowa berichtete im August 2020, das Regime wolle unbedingt, dass sie nach Deutschland ausreise. Aber sie könne sich doch nicht „im bequemen Stuttgart oder sonst wo aufhalten“, während ihre Freun-



Alexandr Kolesnikow Foto Schmidt

Polens Parlament debattiert über Ausnahmezustand

Ministerpräsident Morawiecki: Eine so angespannte Lage an der Grenze zu Belarus hat es seit 30 Jahren nicht gegeben

gna. WARSCHAU. In Polen hat das Abgeordnetenhaus am Montagmorgens seine Debatte über den Ausnahmezustand begonnen. Staatspräsident Andrzej Duda hatte ihn am Donnerstag für zunächst 30 Tage über die Orte entlang der Grenze zu Belarus verhängt. Der erstmals seit 1989 im Land angewendete Ausnahmezustand sieht in einem etwa drei Kilometer breiten Grenzstreifen eine umfassende Einschränkung der Bürgerrechte sowie der Arbeit von Journalisten und humanitären Organisationen vor. Zwar hat die nationalkonservative PiS-Regierung im Abgeordnetenhaus (Sejm) nur eine hauchdünne Mehrheit; doch die noch rechts von der PiS angesiedelte Konföderation mit elf Abgeordneten dürfte mit ihr stimmen. Kaum jemand erwartete, dass der Ausnahmezustand am Parlament scheitern werde. Als Begründung für die Verhängung werden zwei Dinge genannt: Zum einen der unge-

wöhnliche Zustrom von Migranten vor allem aus dem Irak und Afghanistan seit Juni über Belarus; Diktator Alexandr Lukaschenko hatte mehrfach gedroht, „Migranten und Drogen“ Richtung EU künftig passieren zu lassen. Zum anderen beginnt in der Region am Freitag das russisch-belarussische Großmanöver „Sapad (Westen) 2021“; Polens Behörden befürchten in diesem Zusammenhang Zwischenfälle und Provokationen.

Die meisten Oppositionspolitiker lehnen die Verhängung des Ausnahmezustands als unverhältnismäßig ab. Sie werfen der Regierung unter anderem vor, es gehe ihr vor allem darum, eine unabhängige Berichterstattung aus dem Gebiet zu unterbinden. Vor der Abstimmung in Warschau traten Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Innenminister Mariusz Kamiński vor die Kameras. Morawiecki sagte, eine derart „angespannte Lage an

der Grenze“ zu Belarus habe es seit 30 Jahren nicht gegeben. Zugleich werde deutlich, dass die etwa 30 seit Wochen an der Grenzlinie im Wald kampierenden Migranten, die vom polnischen Grenzschutz nicht ins Land gelassen werden, nur der „Deckmantel für eine Aktion der belarussischen Behörden“ seien. Diese Behörden versorgten die afghanischen oder irakischen Migranten inzwischen mit warmen Lebensmitteln und Kleidung und instruierten sie, wie sie in die EU vordringen könnten.

Das Manöver, das von Russland und Belarus in beiden Ländern sowie in der Ostsee geplant ist, wird nach Einschätzung des Warschauer Zentrums für Oststudien OSW „das größte Manöver in Europa seit fast 40 Jahren“ sein. Russland habe ursprünglich eine Gesamtzahl von „bis zu 200 000“ Soldaten und Matrosen angekündigt. Ende Juli sagte Lukaschenko, er sei

bereit, im Bedarfsfall der längerfristigen Stationierung russischer Truppen mit sämtlichen Waffensystemen in Belarus zuzustimmen.

An der Grenze patrouillieren neben den Grenzschützern fast 2000 Soldaten der polnischen Armee. Innenminister Kamiński sagte, allein seit Donnerstag habe es von Belarus her 457 Versuche des illegalen Grenzübertritts gegeben. Die Regierung spricht von etwa 10 000 Irakern, die „in den vergangenen Wochen nach Minsk transportiert wurden“. Die Afghanen unter den Migranten waren laut Kamiński größtenteils länger in Russland wohnhaft. Sie hätten jeweils etwa 5500 Dollar für die Reise bekommen. Manche seien an der Grenze überrascht gewesen, dass hier Polen beginne und nicht Deutschland. Auf Twitter informiert Polens Grenzschutz seit Tagen über pro Tag etwa 100 vereitelte illegale Übertritte an der grünen Gren-

de in belarussischer Haft säßen. Weil Kolesnikowa nicht freiwillig gehen wollte, besorgte das Regime für sie Tickets von Kiew über Wien nach München, verschleppte sie vor fast genau einem Jahr im Zentrum von Minsk und brachte sie mit zwei Mitarbeitern des Koordinationsrats zur ukrainischen Grenze. Das Regime wollte eine Flucht inszenieren. Doch im Niemandsland zwischen den Kontrollpunkten zerriß Kolesnikowa ihren Pass, wie die beiden entwichenen Männer dann in Kiew berichteten. Spätestens mit dieser Demütigung Lukaschenkos wurde Kolesnikowa zum Gesicht der belarussischen Revolution, zu einer Ikone gar: Ihr wirkmächtigstes Porträt, es stammt von der belarussischen Künstlerin Anna Redko, ist an das Agitprop-Plakat „Mutter Heimat ruft!“ von 1941 angelehnt, das gegen die deutschen Eroberer zu den Waffen rief. Man sieht Kolesnikowa im roten Gewand, mit ihren kurzen Haaren und rotem Lippenstift, dazu weiße Rosen. Als das noch ging, wurde dieses Bild in Minsk auf Fassaden projiziert. Es prägt sich ein wie die der Frauen, die Sicherheitskräften Blumen schenkten.

Gegen diese Bilder setzt das Regime alles, was es hat. Es stellt seine Gegner als Wiedergänger der „Faschisten“ dar, der nationalsozialistischen Eroberer. Als Handlanger des Westens, der über Belarus nach Russland vorrücken wolle. So erbarmungslos verfolgt das Regime seine Gegner, dass sogar Anwälte, die diese Gegner verteidigen und sie mit der Außenwelt verbinden, die Lizenz aberkannt wird. Ljudmila Kasak, Kolesnikowas frühere Anwältin, beziffert ihre Zahl auf rund 30. Kasak ist selbst unter ihnen: Sie wurde Ende September 2020 auf der Straße verhaftet und wegen angeblichen Widerstands gegen die Polizei verurteilt. Das wurde zum Anlass genommen, ihr im Februar die Berufsausübung zu verbieten. Auch Kasak ist vor das Gericht gekommen, fordert die Polizisten auf, wenigstens zu sagen, dass sie niemanden einlassen wollten. Viele erkennen sie, danken ihr. Auf den Smartphones erscheinen Nachrichten aus dem Gericht: Kolesnikowa soll elf Jahre in Haft, Snak zehn Jahre zu verschärften Bedingungen.

Keine Regung zeigen die Leute, allen ist klar, dass die Strafen nahe an den zwölf Jahren Höchstmaß liegen würden. Aber sie bleiben, um den Anwälten und den Vätern zu applaudieren, formen mit den Händen Herzen, Victory-Zeichen. Alexandr Kolesnikow hat Tränen in den Augen, dankt für die Aufmerksamkeit, sagt, immerhin dürfe er seine Tochter besuchen, unklar sei, wann. Die Anwälte sagen, was sie trotz Geheimhaltung dürfen: Eine Verschwörung habe es nicht gegeben, Kolesnikowa und Snak seien unschuldig, würden in Berufung gehen.

Nach deren Ablehnung werden die beiden in Straflager verlegt, noch aber hinter Stacheldraht und hohen Mauern im Untersuchungsgefängnis Nummer 1 festgehalten. Es ist eines der wenigen Gebäude im Herzen von Minsk, die den Zweiten Weltkrieg überstanden. Ringsherum liegen Bars und Restaurants, welche die beiden früher selbst besuchten und wo manche Kellnerin sich an dem Gedanken wärmt, „dass sie da sind, nebenan“. Ljudmila Kasak, die verhinderte Anwältin, sagt, „dass Maxim und Marija unter enormem Druck nicht nachgegeben haben, gibt vielen Hoffnung“. Die Belarussen hätten ihren Selbstwert begriffen; auch wenn die Hoffnung auf Wandel nachlasse, habe sich etwas verändert. Auch dank der nun Verurteilten: „Sie sind historische Persönlichkeiten.“

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungs- und Herausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Philip Epslein (stv.), Mona Jaeger (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Decker; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Sandra Kegel, Dr. Matthias Alexander (stv.), Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Helmut Schwan, Marie Lisa Kehler (stv.), Manfred Köhler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolz; Der Betriebswirt: Mark Fehr; Der Volkswirt: Tillmann Neuscheler; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Digitale: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kais; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker;

Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Henner Flohr; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Gue; **Grafische Gestaltung/Informationsgrafik:** Holger Windfuhr (Art Director), Benjamin Boch (Stv. Grafische Gestaltung), Informationsgrafik: Andre Piron.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippsen (verantwortlicher Redakteur), Kai N. Pritsch (Redaktionsleiter), Stefanie Michels (Social Media), Robert Wenkemann (Art Director), Andreas Krobok (Audio/Video), Sönke Sievers (Multimedia Ausgabe).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Stefan Buhr, Nico Wilfer.

ANZEIGEN: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Mauker, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2–4, 10 117 Berlin, www.republic.de. Anzeigenpreisliste Nr. 81a vom 1. April 2021 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 15a vom 1. April 2021 an.

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 71,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 78,50 €. Abonnenten der ge-

druckten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 10,00 € die digitalen Ausgaben der F.A.Z. und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (F+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser und Studierende, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abofaz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht sonst anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (030) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN
Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Antiliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/melnabo.
Telefax: Anzeigen (069) 75 91-80 89 20; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de